

NSZZ



## Gemeinsame Erklärung der polnischen und deutschen Gewerkschaften

Berlin, 19. September 2018

### **Wandel gerecht gestalten – Gute Arbeit schaffen und Klima schützen**

Im Rahmen des jährlich stattfindenden deutsch-polnischen Gewerkschaftsforums und mit Blick auf die kommende Klimakonferenz in Katowice, setzen sich die polnischen (FZZ, NSZZ, Solidarność, und OPZZ) und deutschen (DGB) Gewerkschaften dafür ein, dass soziale Gerechtigkeit, inklusiver Wohlstand und effektiver Klimaschutz im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung vorangetrieben werden.

Die Gewerkschaftsbewegung unterstützt die Klimaziele von Paris und bringt sich aktiv in die internationalen und nationalen Klimaschutzprozesse ein. Klar ist, auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze. Der Stand der Wissenschaft macht deutlich, dass der Weg in eine treibhausgasneutrale Zukunft alternativlos ist, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Dieser Weg muss jedoch gerecht und zumutbar gestaltet werden und darf niemanden zurücklassen. Gute Arbeit oder ambitionierter Klimaschutz sind dabei keine sich ausschließenden Alternativen, sie müssen gleichermaßen bei der Gestaltung des Wandels berücksichtigt werden.

Das Paris-Abkommen sowie die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) bilden hierfür einen anerkannten Rahmen. Wir sind davon überzeugt, dass der notwendige Wandel große Chancen für neue und nachhaltige Beschäftigung mit guten Arbeitsplätzen bieten kann. Dieser muss jedoch sozialverträglich ausgestaltet sein.

### **Just Transition als Leitprinzip im Wandel**

Dafür braucht es jedoch eine aktive Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik, die neben dem ökologischen Blickwinkel auch die soziale und ökonomische Dimension berücksichtigt. Es greift viel zu kurz nur die sozialen Härten abzufedern, die durch Klimaschutzmaßnahmen entstehen können. Vielmehr bedarf es eines Mixes aus Investitionen, Innovationen, nachhaltigen Infrastrukturen und einer Modernisierung traditioneller Branchen, um zukunftsfähige Beschäftigungsfelder und wirtschaftlichen Wohlstand zu erhalten und zu schaffen. Von zentraler Bedeutung ist dabei der Erhalt einer starken und innovativen industriellen Basis, um Lösungen für die großen Herausforderungen der Energie- und Verkehrswende entwickeln, produzieren und anwenden zu können.

## Gewerkschaften und Beschäftigte gestalten den Wandel

Gewerkschaften werben weltweit für eine länderspezifische Umsetzung gerechter Übergänge. Gemeinsam mit den Beschäftigten sind sie zentrale Akteure des Veränderungsprozesses:

- Wir kennen die Hürden, die auf dem Weg zu klimagerechten Versorgungsstrukturen stehen.
- Wir wollen die Chancen für den Aufbau und Erhalt hochwertiger Arbeitsplätze nutzen.
- Wir fordern eine politische Strategie, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu sichern. Die industrielle Produktion ist wichtig und ermöglicht den Übergang. Die Risiken von Carbon Leakage sollten berücksichtigt werden. Produkte, unabhängig von ihrer Herkunft, könnten nach ihrem gesamten Lebenszyklus und unter Berücksichtigung ihres CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks bewertet werden.
- Wir wollen die Transformation unserer Energie- und Transportsysteme mitbestimmen - für Gute Arbeit und mehr Lebensqualität.
- Wir fordern, dass die energie- und klimapolitischen Langfristziele mit beschäftigungspolitischen Zielen verbunden werden, damit bei der Gestaltung des Strukturwandels die Interessen der Beschäftigten nicht unter die Räder fallen.
- Wir fordern, dass die Länder mehr Verantwortung für die Umsetzung des Abkommens übernehmen. Der Überwachungsmechanismus für die Umsetzung sollte verbessert werden, um mehr Transparenz zu erreichen und unrealistische Prognosen und Verpflichtungen zu vermeiden.

## Europa braucht ein nachhaltiges Investitionsprogramm

Es gilt daher nicht, zwischen Arbeitsplätzen und Umweltschutz zu wählen. Sondern es gilt, einen gerechten Strukturwandel (Just Transition) in ein nachhaltiges Wirtschaftssystem so zu gestalten, dass betroffene Regionen, Branchen und Beschäftigte nicht den Preis dafür zahlen müssen und so die gesellschaftliche Akzeptanz verloren geht. Vielmehr müssen Beschäftigungspotenziale gehoben werden, die durch die Investition in neue Technologien und Geschäftsfelder entstehen können. Hier sehen wir neben den Nationalstaaten auch die Europäische Union in der Pflicht, ihre Ausgabenpolitik kohärent an den Klima- und Nachhaltigkeitszielen auszurichten. Dieses Leitbild muss auch in den europäischen Strukturfonds verbindlich verankert werden.

## Aktives Regierungshandeln unter gewerkschaftlicher Beteiligung ist gefragt

Wir sind uns bewusst, dass die Industrienationen in diesem Prozess ihrer besonderen Verantwortung gerecht werden müssen und fordern die Regierungschefs auf, sowohl das Paris-Abkommen als auch vorherig ratifizierte Abkommen entschieden mit Leben zu füllen und dabei die gerechte Gestaltung des Strukturwandels in den Mittelpunkt der Politik zu stellen.

Abschließend erklären die unterzeichnenden Gewerkschaften, dass sie ihren Erfahrungsaustausch und ihre Zusammenarbeit über Wege zur Gestaltung des nachhaltigen Strukturwandels weiterführen und vertiefen werden.